

Bahngrundstück grundsätzlich bebaubar

Meiningen – Neuigkeiten brachte Bürgermeister Fabian Giesder zur Meininger Stadtratssitzung in Sachen Evangelisches Gymnasium Meiningen mit. Die Baugrunduntersuchung für das Bahn-Grundstück, auf dem der Gymnasium-Erweiterungsbau entstehen könnte, sei nun abgeschlossen, teilte er mit. „Vom Baugrund her ist das Gelände bebaubar. Weitere Untersuchungen sind nicht mehr erforderlich, mit Ausnahme einer Kampfmitteluntersuchung. Wir werden uns jetzt mit der evangelischen Schulstiftung in Verbindung setzen, um das weitere Vorgehen abzustimmen.“ Die Stadt habe ja bei der Bahn ein Angebot zum Ankauf des Grundstückes abgegeben und einen Aufschub gewährt bekommen, da man vor dem Kauf erst die Bebaubarkeit des Areals abklären wollte. Über das Ergebnis der Gespräche mit der Schulstiftung werde er demnächst in einer Sitzung des Bauausschusses informieren, kündigte der Bürgermeister an. *any*

Städtisches Wappen darf genutzt werden

Meiningen – Wer das Meininger Stadtwappen kostenlos nutzen möchte, muss fragen. Zweimal war der Stadtrat jetzt um seine Zustimmung gebeten und beides Mal einverstanden. Der erste Antrag kam vom Obertshäuser Freundeskreis der Partnerstädte, der das Wappen für seine Öffentlichkeitsarbeit einsetzen möchte. Die Meininger Stadträte hatten natürlich nichts dagegen.

Ebenso unumstritten war die Genehmigung für die Volksbank Raiffeisenbank Rhön-Grabfeld. Das Kreditinstitut plant Aktionen in der Weihnachtszeit, wie den Weihnachts-Wunschbaum, wofür der Meininger Bürgermeister auch die Schirmherrschaft übernommen hat. Die Aktion gab es schon früher und soll nun, nach der Bankenfusion von Geno- und Raiffeisenbank, auf das gesamte Bank-Einzugsgebiet ausgedehnt werden, erläuterte Fabian Giesder. Der Antrag war als Eilantrag auf die Tagesordnung des Stadtrats gesetzt worden, weil die Aktion umgehend starten soll. Auch die Stadt Bad Neustadt und der Landkreis Rhön-Grabfeld hatten ihre Wappen dafür schon freigegeben. *any*

Fahrzeug erfasste Schafe

Förderprogramm für Meiningen nicht nutzbar

Familienfreundlich will Meiningen sein. Pro Meiningen schlug deshalb vor, dass sich die Stadt fürs Bundesprogramm KitaPlus bewerben sollte, das flexiblere Kita-Öffnungszeiten unterstützt. Der Stadtrat war davon nicht überzeugt.

Von Antje Kanzler

Meiningen – Zum 31. Oktober endet die Antragsfrist für ein „Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm KitaPlus“, das die Bundesfamilienministerin im September angeschoben hat. Es soll flexiblere Betreuungsangebote ermöglichen, um Alleinerziehende und Berufsgruppen mit abweichenden Arbeitszeiten zu unterstützen. Finanziert werden könnten damit Anschaffungen und Baumaßnahmen in den Kitas sowie Personal- und Sachausgaben.

Zeit wird knapp

Viel Zeit zum Reagieren bleibt freilich nicht für interessierte Kommunen. Die Fraktion von Pro Meiningen unternahm zur Stadtratssitzung am Dienstag dennoch einen Vorstoß. Dirk Bradschettl erinnerte daran, dass sich der Stadtrat mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) schon dazu bekannt hatte, im Sinne einer kinder- und familienfreundlichen Stadt Kita-Betreuungsangebote bis 20 Uhr anzubieten. „Wir sollten deshalb darüber reden, ob wir noch am Interessenbekundungsverfahren teilnehmen wollen. Es gäbe eine Förderung von bis zu 95 Prozent. Wir müssten aber sehr schnell reagieren, den Bedarf ermitteln und ein Konzept formulieren. Das Programm beginnt im Januar 2016.“

Er erwähnte, dass es ja schon einmal eine Bedarfsermittlung gegeben hat, auf die man für den Antrag zurückgreifen könnte. „Wir würden darum bitten, an dem Verfahren teilzunehmen, damit wir wenigstens in den Startlöchern stehen. Sonst könnten wir, wenn es keinen Bedarf gibt, diesen Passus ja gleich aus dem ISEK streichen“, argumentierte er.

Rücklauf blieb aus

Etwa vier Jahre liege die besagte Bedarfsermittlung zurück, bestätigte Bürgermeister Fabian Giesder. Damals habe es Interesse von Klinikum und ADVA gegeben, dass eine



Die Kinder vom Kindergarten in Dreißigacker bei einem Musiktheaterprojekt. Ob Bedarf besteht, die städtische Kindereinrichtung länger zu öffnen, soll jetzt der Kultur-, Jugend- und Sozialausschuss klären. *Archivfoto: any*

24-Stunden-Kindereinrichtung geschaffen wird. Die Lebenshilfe bot sich als Träger an. Giesders Amtsvorgänger Reinhard Kupietz forderte als Voraussetzung eine konkrete Bedarfsermittlung bei den Unternehmen an. Doch der Rücklauf blieb aus und ohne messbaren Bedarf konnte die Sache nicht weiter verfolgt werden. Er selbst, erzählte Giesder weiter, habe auch noch einmal das Gespräch mit dem Klinikum gesucht, ohne Ergebnis. „Ich habe jedenfalls arge Bedenken, in so kurzer Zeit nun eine verlässliche Bedarfsermittlung bei der Elternschaft hinzukriegen. Den Förderantrag könnten wir ohnehin nur für unsere städtische Einrichtung in Dreißigacker stellen“, wies das Stadtoberhaupt hin. Jeder Träger könne das selbst für seine Kita tun. In Dreißigacker gehe es nicht um eine 24-Stunden-Betreuung, sondern maximal um eine Zeitverlängerung bis 20 Uhr. Damit könnte Meiningen aber nur die unterste Stufe der Förderung, das sind maximal 70000 Euro pro Jahr, bekommen. „Dann wird es mit Personal schon wieder schwierig. Ich will aber nicht in Abrede stellen, dass wir uns dem Thema wieder widmen sollten.“

CDU-Fraktionschef Thomas Fickel

schaltete sich mit einem Geschäftsordnungsantrag in die Diskussion ein und schlug vor, das Thema in den Kultur-, Jugend- und Sozialausschuss zu verweisen. Nach einem aufwendigen Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt habe es damals letztlich keinen Bedarf gegeben. Dann seien schon eher längere Öffnungszeiten in der städtischen Kita gefragt. Den Bedarf zu erheben, sei in so kurzer Zeit aber nicht möglich, um den Antrag noch stellen zu können.

„Damit geht einher“, folgerte der Bürgermeister, dass wir uns nicht am Förderprogramm beteiligen können. Meiningen wird das Ziel der Antragstellung bis zum Termin nicht schaffen, aber wohl auch sonst nicht.“

Woher Erzieher nehmen?

Ulrich Töpfer (Grüne) warf ein, dass es ohnehin schon Personalprobleme im Kindergartenbereich gibt. Außerdem laufe das Förderprogramm nur bis zum Jahr 2018. CDU-Stadtrat Otto Tischer bemerkte: „Wenn wir die Öffnungszeiten erweitern: Woher nehmen wir die Erzieher dafür? Wie wollen wir sie bezahlen?“ Und SPD-Stadträtin Janine Merz erzählte, die lange Öffnungszeit von 18 Uhr im

Kindergarten der Volkssolidarität im Park werde von den Eltern so gut wie nicht genutzt. Das ganze Thema sei zu komplex, um es jetzt im Stadtrat zu beschließen. Damit solle sich besser der Fachausschuss befassen.

Bei allem Zeitdruck werde es sicher Städte geben, die sich an dem Programm beteiligen, resümierte Dirk Bradschettl. Den Fachausschuss mit dem Thema zu beauftragen, der kein beschließendes Gremium sei, das finde er ganz und gar nicht optimal.

Mit dem Programm, sagte der Bürgermeister, sei sicher etwas Gutes gemeint. Die Träger bekämen ein Zubrot für drei Jahre. Trotzdem seien die Personalkosten nicht ohne: „Allein der gerade unterzeichnete Tarifabschluss kostet uns im Kindergartenbereich 20000 Euro im Jahr. Und wir haben nur einen kleinen Kindergarten!“

Der Geschäftsordnungsantrag von Thomas Fickel wurde bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen. Damit soll der Bedarf an erweiterten Kita-Öffnungszeiten nun im Ausschuss weiterberaten werden. „Es lohnt sich schon, sich mit dem Thema grundsätzlich zu befassen. Die Erhebung ist ja vier Jahre alt“, schloss der Bürgermeister.

Ja zum Radweg: ein Signal für Rippershausen

Meiningen-Herpf – Dem Bau eines Radwegs von Herpf nach Melkers beziehungsweise bis zur Brückenmühle steht aus Sicht des Meininger Stadtrats nichts entgegen. Wenn es gelingt, Fördermittel aus dem Leader-Programm zu bekommen und wenn auch der Rippershäuser Gemeinderat in seiner Sitzung am 12. Oktober dafür ist, kann der gemarkungsüberschreitende Weg gebaut werden.

Zur Stadtratssitzung erinnerte Bürgermeister Fabian Giesder daran, dass es eine Vorberatung im Bauausschuss gab und der Weg Bestandteil des Stadtentwicklungskonzepts ist. Der Rad- und Wanderweg würde östlich der Herpf im Auenbereich angelegt werden, erläuterte Thomas Marggraf vom Bauamt. Die genaue Trassenführung ergebe die Ausführungsplanung. Eine erste Ortsbegehung habe stattgefunden. Bauausschussvorsitzender Harald Bernhardt fasste die Diskussion im Ausschuss zusammen, der sich für den Lückenschluss ausgesprochen hatte. Zudem könne man, indem von der Straßenbenutzung abgesehen werde, ein gefahrloses Benutzen des Radweges garantieren.

Die beteiligten Orte hätten das Anliegen seit einigen Jahren immer wieder vorgetragen. „Auch Schüler haben ihren Bedarf artikuliert.“ Außerdem könne der Weg ein attraktives Angebot für den überregionalen Radtourismus sein, so der Bürgermeister.

„Eine gute Lösung“

Bei den Stadträten kam das Vorhaben gut an. „Wir finden den Radweg sehr positiv“, erklärte Dirk Bratschedl für Pro Meiningen. „Unsere Fraktion sieht es genauso“, sagte Thomas Fickel (CDU). „Das ist eine gute Lösung. Auch im Hinblick auf andere Gemeinden, die vielleicht mal zu uns kommen. Ich bleibe hartnäckig dran am Thema Eingemeindung und solche Investitionen sind ein Zeichen, dass wir als Stadt etwas tun für die Eingemeindeten!“ Der Herpf Stadtrat Steffen Huber erzählte: „Wir sind da schon viele Jahre dran – besonders unsere Ortsteilbürgermeisterin Petra Jungk –, dass wir eingebunden werden ins Radwegenetz. Es ist sehr, sehr schön, dass es nun in Angriff genommen wird. Der Ortsteilrat steht voll dahinter.“ Klaus-Peter Wegner (Linke) meinte: „Ich bin sowieso für die Schaffung von Radwegen. Ich hoffe nur, dass der Weg gleich vernünftig gebaut wird, mit einer Bitumentdecke – nicht mit wassergebundener Oberfläche.“

Bürgermeister und Bauverwaltung versicherten, dass der Weg „eine gute Ausbaustufe“ haben wird. Der einstimmige Beschluss ist dem Bürgermeister zufolge ein gutes Signal in Richtung Rippershausen, wo die Entscheidung noch aussteht. *any*